

# Revolte dringend gesucht

## Aus meiner Sicht

Wir müssen die Politik aus den Fängen der Finanzwirtschaft befreien. Der linke Teil der Gesellschaft wird es allein nicht schaffen.

VON ALBRECHT MÜLLER

Fünfundmal in der Woche kommen wir kurz vor der „Tagesschau“ in den Genuss von „Börse im Ersten“. Da wird uns dann zum Beispiel von Anja Kohl mit freudigem Gesicht verkündet, die Aktienkurse seien heute gestiegen. Und sie schaut traurig drein, wenn sie gesunken sind. Börsenberichterstattung zur besten Sendezeit auch im ZDF und bei den kommerziellen Sendern. Kauf oder runter mit den Kursen, wie auch immer, 100 Prozent aller Deutschen können allabendlich Zeugen von Stimmungsberichten werden, die 95 Prozent eigentlich gar nicht zu interessieren brauchen. Denn nur rund fünf Prozent aller Deutschen sind Besitzer von Aktien. Warum mutet man uns diese Börsenberichterstattung dennoch zu?

Das hat etwas damit zu tun, dass sich die Finanzwirtschaft eine Sonderrolle anmaßt und dass es ihr gelungen ist, das Geschehen auf den Finanzmärkten ins Zentrum des öffentlichen Interesses zu rücken. Damit wird der Eindruck erweckt, an den Börsen könne man leicht Geld verdienen, und Spekulation sei etwas außerordentlich Nützliches. Wenn die Kurse steigen, dann würden irgendwie irgendwo Werte geschaffen. Und wenn sie zusammenbrechen, dann würden Werte vernichtet. So hatte sich sogar ein leibhaftiger Bundeskanzler einmal öffentlich geäußert: Gerhard Schröder.

Sowohl die Geschichte von den geschaffenen wie auch die von den vernichteten Werten sind Ammenmärchen. Aber diese Märchen haben reale Folgen: Weil die Fi-



Geld ist nicht alles - Aktivisten der Occupy-Bewegung kämpfen gegen die Macht des Kapitals. Doch weit sind sie dabei noch nicht gekommen. Foto: dpa/Arne Dedert

nanzwirtschaft als so herausragend und zentral gilt, wurden wir Steuerzahler, als sich die Spekulanten verzockt hatten, zur Kasse gebeten – allein mit 480 Milliarden für einen nationalen Bankenrettungsschirm. Noch unsere Enkel werden die Schulden für die Bankenrettung abzutragen haben.

Die Finanzwirtschaft und insbesondere die Investmentbanker bestimmen inzwischen über weite Strecken das politische Geschehen. Die Regierenden haben ihnen für ihre Vermögenstransaktionen Steuerprivilegien verschafft. Wichtige Personalentscheidungen fielen zugunsten der Investmentbanker: Die Bundeskanzlerin hat den Berater der US-Investmentbank Goldman Sachs, Otmar Issing, beauftragt, mit einer Kommission neue Regeln für die internationalen Finanzmärkte zu erarbeiten. Der Präsident der EZB, der italienische und der griechische Ministerpräsident kom-

men aus dem gleichen Stall: Goldman Sachs. Schamlos wird gegen einzelne Völker und Währungen, auch gegen den Euro, spekuliert. Goldman Sachs berät bei Werten gegen den Euro. Die Spekulanten kassieren Milliarden an Vergütungen. Und wenn es schiefgeht, bezahlen wir Steuerzahler ihre Wertschulden. Banker, Analysten und Börsen bestimmen inzwischen auch wichtige unternehmerische Entscheidungen. Unternehmensleitungen sind gezwungen, auf den sogenannten Shareholder Value, den Börsenwert, zu achten. Betroffene Manager beklagen mit Recht, dass es damit immer schwieriger wird, das längerfristige Wohl ihres Unternehmens zu beachten.

Für unsere Demokratie und für unser Wohlergehen wird es entscheidend sein, dass wir die Politik aus den Fängen der Finanzwirtschaft befreien. Dazu bedarf es eines breiten politischen Bündnisses. Der linke Teil unserer Gesellschaft wird es allein nicht schaffen. Es wird nur gelingen, wenn es im konservativen Teil unserer Gesellschaft zu einer Art Revolte gegen die Vorherrschaft der Spekulanten und Investmentbanker kommt. Einfache Voraussetzung dafür wäre, dass man sich dort auf die eigenen Werte besinnt. Konservative setzen beispielsweise auf Leistung. Wo ist denn aber die Leistung der treibenden Kräfte auf den Finanzmärkten? Wenn uns mit den täglichen Börsensendungen vermittelt wird, wir könnten durch Spekulation mit Vermögenswerten das große Glück machen, dann ist das eine Irreführung. Und wenn die Banker und Börsianer in die Schulen strömen und dort mit jugendlichen Börsenspielen üben, dann vergehen sie sich am Leistungsgedanken und an unserer Jugend zugleich. Wirklich Konservative müssten dagegen aufbegehren.

Spitzenmanager der produzierenden Industrie wehren sich inzwischen gegen den Einfluss von Finanzmärkten und Spekulation. So beklagte zum Beispiel der Chef von Bosch zusammen mit anderen Unternehmensführern, die Spekulation störe die Arbeit in der realen Wirtschaft, die Finanzmärkte

seien wieder kurz davor, die Weltwirtschaft in eine Krise zu stürzen. Das sind Zeichen der Hoffnung, dass sich auch im Lager der Konservativen Menschen rühren, die sich ihrer guten Werte erinnern.

Auch zur Bewältigung einer Reihe weiterer Probleme fände sich relativ leicht eine gemeinsame Basis von Wertkonservativen und demokratischen Linken: Wertkonservative und Linke halten nichts von der Kommerzialisierung aller Lebensverhältnisse – Kommerz und Werbung in den Schulen zum Beispiel ist nicht akzeptabel.

Politische Korruption ist Linken wie Wertkonservativen zuwider. Dass Politiker und Wissenschaftler Entscheidungen treffen und hinterher daran verdienen – in beiden Lagern eigentlich unvorstellbar.

Beide haben verstanden, dass Wettbewerb des Schutzes und der Pflege bedarf. Beide Lager können sich vermutlich leicht auf Ludwig Erhards Parole verständigen: „Wohlstand für alle!“ Die rasante Verschärfung der Spaltung unserer Gesellschaft mögen auch Konservative nicht. „Oben werden sie immer reicher, unten herrscht im günstigsten Fall Stagnation. Ich glaube fest an das Solidarprinzip unserer Gesellschaft. Dazu müssen auch die Besserverdienenden ihren Beitrag leisten.“ Dieses Zitat stammt nicht von einem Linken, sondern vom Aufsichtsratsvorsitzenden von Siemens und Thyssen Krupp, Gerhard Cromme. Selbst in dieser schwierigen verteilungspolitischen Frage können sich mitdenkende Wertkonservative und Linke offensichtlich näher kommen. Die Auffassungsunterschiede sind angesichts der greifbaren Bedrohung gering.

Vielleicht überschätze ich die Gemeinsamkeiten. Vielleicht überschätze ich einfach die Zahl und das Gewicht von an Werten orientierten Konservativen im Land. Nur ungern würde ich einsehen, dass ich mich dabei täusche.

■ Der Autor trägt seine Vorschläge „Für einen Pakt aller Demokraten gegen Finanz-Zyniker und Spekulanten“ beim Dresdner Frühjahrsgespräch am 5. Mai, 11 Uhr, im Festsaal des Stadtmuseums Dresden vor.

## Unser Autor

■ Albrecht Müller, 1938 in Heidelberg geboren, war von 1987 bis 1994 für die SPD Mitglied des Deutschen Bundestages. Er ist Autor („Reformlüge“) und Herausgeber des Internetjournals [www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de)



■ Unter dem Titel Perspektiven veröffentlicht die Sächsische Zeitung kontroverse Essays, Analysen und Interviews zu aktuellen Themen. Texte, die aus der ganz persönlichen Sicht der Autoren und Gesprächspartner Denkanstöße geben, zur Diskussion anregen sollen.

# Was ist blau und günstiger als Vodafone?

Viel-Telefonierer sparen laut [inside-handy.de](http://inside-handy.de) mit dem Tarif O<sub>2</sub> Blue M bis zu 245€ jährlich im Vergleich zum Vodafone-Tarif SuperFlat Internet Allnet Spezial.\*

Jetzt auf [o2.de](http://o2.de), in Ihrem O<sub>2</sub> Shop oder unter 0800 11 442 00

O<sub>2</sub>



\* Gilt laut Tarifrechner auf [www.inside-handy.de](http://www.inside-handy.de) im Profil Telefonieren: viel, SMS: viel und Surfen: normal (mitl. Nutzung: 52 Min. Festnetz, 458 Min. Mobilfunk, 200 SMS und 200 MB) bei Vergleich der entsprechenden von [inside-handy.de](http://inside-handy.de) für das Nutzungsprofil ausgewählten Produkte der Anbieter O<sub>2</sub> (Tarif: O<sub>2</sub> Blue M) und Vodafone (Tarif: SuperFlat Internet Allnet Spezial). Stand: 04/2012. Alle Infos auf [www.o2.de](http://www.o2.de).